

Die unmöglichen zwei Prozent

Warum mehr Rüstung nicht geht

Zunehmend sieht sich der Westen in Konflikten mit weiteren Akteuren auf dem Globus. Dem Umstand trägt eine teure Forderung aus Washington Rechnung: Fast jedes NATO-Mitglied möge mehr Geld für Rüstung ausgeben. Auch die Bundesrepublik. Draußen!-Redakteur Michael Heß rechnet nach, wie realistisch das ist.

Bereits kurze Zeit nach seiner Amtseinführung forderte der US-Präsident Donald Trump, künftig solle jedes NATO-Mitglied zwei Prozent seines Bruttoinlandproduktes (BIP, das ist die wertmäßige Summe aller in einem Jahr im Inland erbrachten Dienstleistungen und Güter) für die Verteidigung aufbringen. Dies sei auf diversen NATO-Gipfeln beschlossen worden. Doch besonders die europäischen Mitgliedsstaaten würden diesen Beschluss nicht umsetzen und blieben weit unter den zwei Prozent. Die USA dagegen sähen sich zukünftig nicht mehr in der Verpflichtung, diese Versäumnisse stillschweigend auszugleichen. Die Forderung ist allerdings umstritten. Unter anderem stellt Altkanzler Gerhard Schröder (von 1998 bis 2005) einen derart bindenden Beschluss in Abrede. Die jetzige Bundesregierung akzeptiert Trumps Forderung jedoch im Grundsatz, möchte aber nicht im gewünschten Umfang beitragen.

Wie sehen die Ausgaben für die Rüstung (euphemistisch öfter als „Verteidigung“ bezeichnet) aus? Im Jahre 2017 gaben die USA 610 Mrd. Dollar dafür aus. Gefolgt von China mit 228 Mrd. Dollar, Saudi-Arabien mit 69,4 Mrd. Dollar (der Jemenkrieg kostet!), Russland mit 66,3 Mrd. Dollar (das ist weniger als in den Vorjahren) und Indien mit 63,9 Mrd. Dollar. Die Bundeswehr kostete im Vorjahr 44,3 Mrd. Dollar bzw. ca. 38 Mrd. Euro, was weltweit Rang 9 bedeutete. Global betragen die Ausgaben für den Kommiss 1,74 Billionen Dollar. Der Gedanke kommt

in den Sinn, wie viel Vernünftigeres man mit dem Geld hätte anstellen können (alle Zahlen wurden Statista entnommen).

Die 38 Mrd. Euro entsprechen 1,2 Prozent des deutschen BIP von 3,18 Billionen Euro. Um Donald Trumps Forderungen zu erfüllen, wären rund 63,6 Mrd. Euro, also schlappe 25 Mrd. Euro mehr, fällig. Angemerkt sei, dass mit jedem Wachstum des BIP auch die Zwei-Prozent-Forderung wächst. Gibt der Haushalt das her, dessen zweitgrößter Teiletat ohnehin schon der für die Bundeswehr ist? Die nüchterne Antwort lautet: Nein! Im Vorjahr umfasste er 329,1 Mrd. Euro und kam formal ohne neue Schulden aus. Real leider nicht, aber das ist ein anderes Thema. Gleichwohl ist der Etat auf Kante genäht und hat nicht viel zum Zusetzen. Der größte Einzelposten ist der Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung von 98 Mrd. Euro. Auch der Zinsdienst für Schulden des Bundes ist mit 19 Mrd. Euro gewaltig. Solche Posten für die Rüstung zu kürzen ist entweder nicht möglich oder verbietet sich aus übergeordneten politischen Erwägungen wie bei der Rente. Woher also die erforderlichen 25 Mrd. Euro plus nehmen? Die folgenden Teiletats wie bspw. für Bildung, Justiz und Wirtschaft sind so klein, dass größere Umschichtungen nicht erfolgen können. So wird es also de facto beim jetzigen Zustand bleiben, zumal die Bundeswehr selbst auch schon bessere Zeiten gesehen hat. Nicht dass dies zu bedauern sei.

Denn Obacht ist weiterhin gegeben. Es geht knappe 30 Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, dieser war militärisch im Warschauer Pakt von 1955 organisiert, nicht mehr um Verteidigung in einer Welt, in der man von Verbündeten umgeben ist. Es geht um Aufrüstung oder prononciert formuliert: Es geht wieder um Angriff. Noch mehr oder minder verschleiert, aber die Äußerung von

Mister President ist unmissverständlich genug. Schon lange vor dessen Amtsantritt wurde die Äußerung des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck, Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt, kontrovers diskutiert. Natürlich wird sie es nicht dort. Ebenso wenig wie in der malischen Wüste oder vor der syrischen Küste. Aber man hat mitzumachen, wenn es der große Bruder überm großen Teich so will. Es sind solche aktuellen Betrachtungen, welche die damalige Entscheidung von Gerhard Schröder, beim zweiten Irakkrieg nicht mitzumachen, so wertvoll machten. Es spricht anno 2018 für sich, dass allein AfD und LINKE (die sog. „politischen Ränder“ also) darauf beharren, Auslandseinsätze der Bundeswehr ausschließlich im Rahmen von UN-Mandaten zu erlauben. Wenn überhaupt, wofür auch Einiges spricht.

Die Forderung des US-Präsidenten dreht an der Eskalationsschraube. Ausgang offen, aber ein Grund mehr für junge Deutsche, sich Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu verweigern. Landesverteidigung ja – Aggressionen nein. Stell dir vor, es ist Krieg, aber kaum einer geht hin. **d**

